

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 6 96 846 pbbn d



Inhalt

Horst Niggemeier MdB zur Bedrohung des „Jahrhundertvertrags“ durch den europäischen Binnenmarkt: Deutsche Kohle darf nicht zum Sozialplan-Faktor verkommen.

Seite 1

Volkmar Gabert zum Münchener Abkommen, das im September 1938 geschlossen wurde: Verhängnisvolle Beschäftigungspolitik.

Seite 3

Ottmar Schreiner MdB kündigt massiven Widerstand gegen den Abbau von Umschulungsmaßnahmen an: Bonner Pläne gefährden Instrumente aktiver Arbeitspolitik.

Seite 5

Dokumentation:

Dr. Herta Däubler-Gmelin sprach am Donnerstag auf dem SPD-Parteitag die Kondolenz-Rede für Professor Dr. Friedrich Schäfer, der am Vorabend in Tübingen verstorben war. Wortlaut

Seite 6

43. Jahrgang / 168

2. September 1988

Deutsche Kohle darf nicht zum Sozialplan-Faktor verkommen

Zur vom Ifo-Institut konstatierten Bedrohung des „Jahrhundertvertrags“ durch den europäischen Binnenmarkt

Von Horst Niggemeier MdB

Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat in diesen Tagen für eine geplante Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema des europäischen Binnenmarktes ab 1992 erklärt, daß der sogenannte „Jahrhundertvertrag“ zwischen der Stromwirtschaft und dem Steinkohlenbergbau in Gefahr ist. Dieses Hinweises bedurfte es eigentlich nicht, denn die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen wissen längst, daß mit dem europäischen Binnenmarkt billige Drittland-Kohle und französischer Kernenergiestrom in einer Weise in die Bundesrepublik drängen werden, die - wie das Ifo-Institut richtig bemerkt - „zu einer Kürzung der deutschen Kohleförderung mit allen negativen betriebswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Konsequenzen“ führen.

Weniger vornehm formuliert heißt das in der Kumpelsprache: Die Pütts werden reihenweise dicht gemacht und tausende von Arbeitsplätzen gehen für alle Zeiten den Bach runter.

Mit dieser tatsächlich zu befürchtenden Entwicklung für den deutschen Kohlenbergbau käme das von Bundeskanzler Kohl an die Adresse der Bergleute gegebene Versprechen - zuletzt in seiner Regierungserklärung zu Beginn der 11. Legislaturperiode - von der Bedeutung der deutschen Kohle als nationales Gut vollends unter die Räder. Die Gefahr, daß die deutsche Kohle dann zu einem Sozialplan-Faktor in der Politik verkommt und die Frage einer wenigstens zum Teil unabhängigen deutschen Stromversorgung draußen vorbleibt, ist schon heute nicht mehr länger zu übersehen. Davor kann nur eindringlich gewarnt werden. Sozialpläne für die zu entlassenden Bergleute können kein Ersatz sein für eine nationale Energiepolitik, die im konkreten Fall der Kohle auch gleichzeitig Regional- und Beschäftigungspolitik ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Produziert Umweltschonend
mit vermehrt Recycling-Papier



Vor diesem Hintergrund ist es im höchsten Maße beklagenswert, daß die Bundesregierung es bisher versäumt hat - insbesondere in der Zeit ihres Vorsitzes im EG-Ministerrat - die Rolle der deutschen Kohle als Gemeinschaftskohle unter dem Gesichtspunkt der europäischen Energieversorgung zu definieren. (Immerhin lagern 24 Milliarden Tonnen wirtschaftlich gewinnbarer Steinkohlerserven in der Bundesrepublik).

Die Vermutung ist sicher nicht falsch, daß sich solche EG-Länder wie Frankreich und Großbritannien mit einer sehr eigenständigen Energiepolitik bereits jetzt darauf vorbereitet haben, Ihre jeweiligen „heiligen Kühe“ in der Energiewirtschaft ohne jede Beschädigung in den europäischen Binnenmarkt einzubringen. Umso notwendiger ist jetzt aktives und konstruktives energiepolitisches Regierungshandeln einzufordern; das heißt unter anderem auch die endlose Herumfummerei am „Jahrhundertvertrag“ zu beenden und die Voraussetzungen für seine bruchlose Fortsetzung nach 1995 mit Blick auf den EG-Binnenmarkt im Konsens mit den übrigen EG-Staaten zu schaffen.

Dies wird mit substanzlosen Kompromißformeln nicht zu erreichen sein. Der Anspruch der Bundesrepublik auf die Erhaltung der deutschen Kohleförderkapazitäten ist nicht nur berechtigt, sondern muß von der Bundesregierung nachhaltig in Brüssel vertreten und durchgesetzt werden. Schließlich könnte es nicht als Krönung der europäischen Einigung angesehen werden, wenn ihr Ergebnis der totale Zusammenbruch der deutschen Steinkohlenförderung wäre. Die Gefahren dafür sind nicht von der Hand zu weisen. Die SPD wird deshalb alle Maßnahmen unterstützen, die der Abwehr dieser Gefahren dienen.

(-/2.9.1988/vo-he/rs)

* * *

Verhängnisvolle Beschwichtigungspolitik

Zum Münchner Abkommen vom September 1938

Von Volkmar Gabert
Bundesvorsitzender der Seliger-Gemeinde.

Vor 50 Jahren, im September 1938, ist in München das Abkommen über die Abtretung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich vereinbart worden. Damals trafen sich die beiden Diktatoren Mussolini und Hitler mit dem Ministerpräsidenten von Großbritannien, Neville Chamberlain und dem Ministerpräsidenten von Frankreich, Edouard Daladier. Diese Vereinbarung hatte tragische Konsequenzen für die weitere Entwicklung in Mitteleuropa. Die Ursachen für das Abkommen von München allerdings lagen Jahrzehnte zurück.

Am besten hat Josef Seliger, der Vorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokraten beim Zusammentreten des tschechoslowakischen Parlaments am 2. Juni 1920 die Situation gekennzeichnet:

„...Von dem Verrat am Selbstbestimmungsrecht droht der Demokratie in Europa der Tod. Aber wie dieser Verrat am Selbstbestimmungsrecht eine Bedrohung der Demokratie in ganz Europa ist, so ist er auch zur Bedrohung und Gefahr in ihrem eigenen Staate geworden. Was ich will, das ist, klarzumachen, welcher enger, welcher unlösbarer Zusammenhang zwischen Demokratie und Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Völker besteht. Wenn Sie das nicht begreifen“, so rief er den Regierungsvertretern im Parlament zu, „dann ist Ihr Staat, dann sind Sie mit Unglück geschlagen...“.

Die Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts für Millionen von Menschen in der Tschechoslowakei war ein Sprengsatz für den neuen Staat, der letztlich zur krisenhaften Entwicklung von 1938 geführt hat. Adolf Hitler konnte diese unge lösten Nationalitätenprobleme für seine Kriegsvorbereitungspolitik gut gebrauchen und mißbrauchen.

Dieses Abkommen war keinesfalls eine verspätete Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Sudetendeutschen, auch wenn dies anfänglich so von ihrer Mehrheit gesehen wurde.

Für Sozialdemokraten war der Widerstand gegen das Münchner Abkommen eine grundsätzliche Frage. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten konnten beobachten, wie die Nationalsozialisten im Deutschen Reich die freie Arbeiterbewegung brutal zerschlagen hatten und Persönlichkeiten dieser Arbeiterbewegung in Gefängnissen und Konzentrationslagern verschwanden. Viele deutsche Sozialdemokraten kamen als Emigranten in die Tschechoslowakei und wurden von den sudetendeutschen sozialdemokratischen Organisationen voll unterstützt. Sie fanden diese Unterstützung auch durch Aufnahme und Versorgung in einzelnen Familien.

Diese Flüchtlinge vor Hitler und der Diktatur hielten Vorträge über das, was im Reich vor sich ging. Dazu kamen Berichte von entlassenen Insassen aus Konzentrationslagern und Gefängnissen und gaben so öffentlich Bericht über die Unmenschlichkeit des nationalsozialistischen Systems.

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten wußten also, daß eine Angliederung an das Dritte Reich ihr politisches und für viele auch das physische Ende bedeuten würde, aber auch eine Entwicklung zum Kriege darstellte. Sie haben deswegen leidenschaftlich Widerstand geleistet. Sie waren nach der Besetzung Österreichs durch die Truppen Adolf Hitlers, die letzten freien Deutschen, die sich gegen den Nationalsozialismus zur Wehr setzen konnten. Dafür mußten sie auch später, nach dem Münchner Abkommen, büßen.

Mehr als 25.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten kamen in Gefängnisse und Konzentrationslager. Andere, 5.000 an der Zahl, zogen die Ungewißheit einer Emigration der Unfreiheit in der Heimat vor. Gerade, weil die sudetendeutschen Sozialdemokraten die entschiedensten Hitler-Gegner waren, haben sie heute ein moralisches Recht, das Unrecht anzusprechen, das später an den Sudetendeutschen begangen worden ist.

Die kurzfristige und falsche Regierungspolitik in der Tschechoslowakischen Republik, der Mangel an Verständnis für nationalen und sozialen Ausgleich, haben ein gerüttelt Maß an Schuld für die Entwicklung zum Münchner Abkommen. Dazu kam noch, daß die westlichen Demokratien sich der falschen Hoffnung hingaben, ein Kompromiß mit Hitler würde den Frieden erhalten. Dies war eine Fehleinschätzung der politischen Ziele Hitlers. Schon ein Jahr nach dem Münchner Abkommen bracht der Zweite Weltkrieg aus.

Die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben verzweifelt versucht, schon während des Krieges vernünftige europäische Lösungen für die Zukunft zu erreichen und haben dann leidenschaftlich gegen die Austreibungspläne der Benesch-Regierung gekämpft, als sie offenbar wurden.

Der größte Teil der Emigration war in Großbritannien, ein zahlenmäßig starker Teil in den skandinavischen Ländern. Von England aus gingen circa 1.150 sudetendeutsche Sozialdemokraten nach Kanada. Wer heute den Zubringer zum Alaska-Highway fährt, wird plötzlich einen Hinweis zum „Sudetenpark“ finden. Dieser Sudetenpark wurde von den sudetendeutschen Sozialdemokraten gestaltet. Auf einem zwei Meter hohen Stein ist eine Tafel angebracht mit einer Inschrift in englischer Sprache. Ich zitiere daraus einige Sätze in deutscher Übersetzung:

„Im September 1938, als die Ministerpräsidenten von Großbritannien und Frankreich den deutschen und italienischen Diktator in München trafen, erkaufen sie ‚Frieden in unserer Zeit‘ mit dem Anschluß des Sudetenlandes an das Dritte Reich. Ein Teil dieses Preises, der für diesen irreführenden Frieden bezahlt werden mußte, war die Preisgabe der ‚letzten freien Deutschen‘, der tausenden von sudetendeutschen Antinazis, die angesichts von fast überwältigenden Schwierigkeiten ihren Kampf für Freiheit und Demokratie nicht aufgeben wollten. Viele wurden in die Konzentrationslager des Dritten Reiches geworfen. Glücklicherweise konnten einige Tausend in die freien westlichen Staaten fliehen. Mehr als tausend Männer, Frauen und Kinder wurden von einer großzügigen kanadischen Regierung im Jahre 1939 willkommen geheißen. Die Hälfte von ihnen siedelte in diesem Tal und in den Hügeln rundherum. Während die Welt in den folgenden Jahren nach dem unglückseligen Münchner Abkommen groß angelegten Zerstörungen entgegenging, haben die Sudetendeutschen mit starker Entschlußkraft und harter Arbeit Farmen aufgebaut, wo sie ihre Kinder als freie Menschen in einem freien Land heranwachsen lassen konnten.“

Die Erinnerung an das Münchner Abkommen und seine Folgen für die beteiligten Völker sollte Grund zu ehrlicher Selbstkritik sein. Anlaß zur Selbstgerechtigkeit ist keiner vorhanden. Die europäische Demokratie hat die Partie gegen Mussolini und Hitler schlecht gespielt. Mit mehr historischer Einsicht, mehr kollektivem Verantwortungsgefühl und demokratischer Solidarität hätte die Entwicklung in Europa anders verlaufen können.

Allein die Sudetendeutschen für die Sudetenkrise von 1938 verantwortlich zu machen, ist nicht angebracht. Die Entscheidungen waren ein Stück Weltpolitik. Die Fehlentscheidungen nach den beiden Weltkriegen lesen sich als wäre die Weltgeschichte eine immer wiederkehrende Verkettung von politischen und menschlichen Dummheiten. Nur wenn es uns gelingt, diese Aussage Lügen zu strafen, werden wir und werden unsere Kinder eine Zukunft haben. (-/2.9.1988/vc-he/rs)

(Dieser Beitrag ist dem Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AVS) entnommen.)

Instrumente aktiver Arbeitspolitik verteidigen

Bundesregierung will Umschulungsmaßnahmen abbauen

Von Ottmar Schreiner MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Halbjahresbilanz Fortbildung und Umschulung der Bundesanstalt für Arbeit zeigt teilweise schwerwiegende regionale Verwerfungen. Ich hatte dazu Fragen an die Bundesregierung gestellt.

Ausgangspunkt der Fragen war die besorgniserregende Entwicklung bei den saarländischen Arbeitsämtern, die gegenüber dem ersten Halbjahr 1987 wegen der Mittelkürzungen gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Eintritte in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen von 16,6 Prozent zu verzeichnen hatten.

Die Landesarbeitsämter verzeichneten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum folgende Veränderungen in Prozent:

LAA-Bezirk	Veränderung der Eintritte in Prozent
Schleswig-Holstein-Hamburg	+ 10,8 %
Niedersachsen-Bremen	+ 15,5 %
Nordrhein-Westfalen	- 4,0 %
Hessen	+ 8,3 %
Rheinland-Pfalz-Saarland	+ 3,5 %
Baden-Württemberg	+ 3,7 %
Nordbayern	+ 6,3 %
Südbayern	+ 7,6 %
Berlin	- 4,1 %

Die Qualifizierungsoffensive gehört also in den Montanländern NRW und Saarland der Vergangenheit an. Einmal mehr hat sich bewiesen, daß die Qualifizierungspolitik der Bundesregierung oberflächlich und für regionale Strukturprobleme völlig unempfindlich ist. In den kommenden Haushaltsberatungen werden wir mit dem gebotenen Nachdruck auf Abhilfe dieser für die Montanländer nicht mehr hinnehmbaren Fehlentwicklung drängen.

Darüber hinaus wird es in den Beratungen der 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes darum gehen, die Qualifizierungsinstrumente der Bundesanstalt selbst vor sinnentstellenden Veränderungen der einschlägigen Vorschriften zu schützen. Geplant sind:

- die Herausnahme ganzer Bildungsmaßnahmen aus der Förderung und
- die Umwandlung der Sachkostenerstattung für Bildungsmaßnahmen von einer Pflicht- in eine Kann-Leistung.

Diese Pläne gefährden die minimalen Instrumente aktiver Arbeitspolitik in ihrer Substanz, die die Regierungskoalition der Arbeitsverwaltung noch übrig gelassen hat. Sie werden auf unseren massiven Widerstand stoßen.

(-/2.9.1988/vo-a/rs)

DOKUMENTATION

Die SPD trauert um Professor Dr. Friedrich Schäfer

Das SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Herta Däubler-Gmelin hielt am Donnerstag auf dem SPD-Parteitag in Münster die Kondolenzansprache für Professor Dr. Friedrich Schäfer, der am Vorabend im Alter von 73 Jahren verstorben ist.

Wir haben heute morgen die traurige Nachricht erhalten, daß das Mitglied der Kontrollkommission, unser Genosse und Freund Professor Friedrich Schäfer, gestern abend in Tübingen verstorben ist. Wir haben in ihm einen Menschen und einen väterlichen Freund verloren, der auch die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach 1945 durch wichtige Impulse mitgeprägt hat.

Friedrich Schäfer fand nach dem Krieg, in dem er schwer verwundet worden war, zur Sozialdemokratischen Partei, und er hat uns immer wieder berichtet, wie sehr Fritz Erler ihn damals beeinflusst hat; Fritz Erler, der damals Landrat in Biberach und sein Chef gewesen war.

1948 hatte Friedrich Schäfer als Staatskommissar für Flüchtlingsfragen im damaligen Land Südwürttemberg-Hohenzollern schwierigste Aufgaben zu lösen. 1951 wurde er Polizeipräsident in Freiburg. 1957 wurde er in den Bundestag gewählt. Ihm gehörte er bis 1980 an.

Der überzeugte Parlamentarier wurde bald Parlamentarischer Geschäftsführer, später stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion. Als langjähriger Vorsitzender des Innenausschusses war er ebenso anerkannt wie gefürchtet.

Als Vorsitzender der wichtigen Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ regte er Reformvorschläge an, die zur Verbesserung des parlamentarischen Systems und zur Aufrechterhaltung des Föderalismus auch heute noch diskutiert werden.

Friedrich Schäfer war in der Großen Koalition Staatssekretär bei Bundesminister Carlo Schmid. Unserem Parteivorstand gehörte er von 1968 bis 1970 an. Uns, die wir jünger waren als er, hat Friedrich Schäfer immer geholfen. Er wollte, so hat er es selbst gesagt, den Stab rechtzeitig weitergeben und hat deshalb 1980 auf eine weitere Kandidatur in seinem Wahlkreis Tübingen verzichtet. Uns Tübinger hat er im Kreistag und im Stadtrat auch in den letzten Jahren unermüdlich unterstützt, obwohl seine Gesundheit nachließ. Er setzte auch seine Arbeit als Honorarprofessor in Tübingen und nach 1981 für mehrere Jahre als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fort.

Wir trauern mit seiner Frau, wir trauern mit seinen Söhnen. Wir danken Friedrich Schäfer und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Wir werden fortsetzen, was ihm wichtig war.

(-/2.9.1988/vo-ha/rs)

* * *